

Möllers / van Ooyen

**Jahrbuch
Öffentliche Sicherheit**

2002/2003

Sonderdruck

Verlag für Polizeiwissenschaft

Der Nord-Süd-Konflikt: Vom Kampfbegriff zur Leerformel?

Viele Journalisten, Politiker und Wissenschaftler entdeckten auf der Suche nach den Hintergründen der Terroranschläge vom 11. September 2001 den Nährboden für solche monströsen Gewaltakte auch im Nord-Süd-Konflikt, im internationalen und innerstaatlichen Gegensatz zwischen Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht. Was im Westen als „Anschlag gegen die zivilisierte Welt“ gedeutet wurde, löste nicht nur in der islamischen Welt, sondern auch in weiten Teilen der übrigen Dritten Welt jenseits von amtlichen Solidaritätsbekundungen mit den Opfern eine klammheimliche Häme aus. Im Terror gegen Symbole der westlichen Wirtschafts- und Militärmacht tobte sich der religiös verbrämte Hass gegen den Westen aus, der für alles mögliche Unheil in der Welt verantwortlich gemacht wird. Was in New York und Washington geschah, passte deshalb auch gut in das vom Harvard-Politologen *Samuel P. Huntington* (1996) schon vorher entworfene Szenario eines „Kampfes der Kulturen“. Der Krieg gegen den Irak verstärkte besonders in der islamischen Welt solche Deutungen des Weltgeschehens – und vor allem den Hass auf die westliche Hegemonialmacht.

Was steckt also noch hinter der inflationär gebrauchten Formel vom Nord-Süd-Konflikt und hinter den gelegentlich kämpferischen Reden von Repräsentanten der Dritten Welt in UN-Vollversammlungen, auf Gipfelkonferenzen der Blockfreien oder auf den vielen Weltkonferenzen? Der von Politikern benutzte Konfliktbegriff setzt erstens die Unvereinbarkeit von Interessen, zweitens die Konfliktfähigkeit und drittens die Konfliktbereitschaft der Kontrahenten voraus. Andernfalls können wir allenfalls von einem latenten oder strukturellen Konflikt sprechen.

Wir müssen also auch untersuchen, welche Idee und Realität hinter der Dritten Welt oder dem Süden als einem kollektiven Handlungssubjekt in der Weltpolitik und Weltwirtschaft noch stehen. Welche gemeinsamen Interessen hat der Süden noch und bringen ihn in einen Interessenkonflikt mit dem Norden, der ebenfalls keine homogene Größe ist? Wie konfliktfähig und -willig ist er? Oder sind möglicherweise die Fragen nach seiner Konfliktfähigkeit falsch gestellt, weil nach aller historischer Erfahrung auch in großer sozialer Ungleichheit ein Konfliktpotenzial liegt? In der Weltgeschichte waren zwar nicht Armutgruppen das revolutionäre Subjekt, aber sie bildeten den Nährboden für revolutionäre Eruptionen und lieferten Rechtfertigungen für Revolutionäre.

1 Peripherie (Süden) vs. Metropolen (Norden)

Zur Dritten Welt zählten sich anfangs nur die afro-asiatischen Staaten, die sich der auf der Bandung-Konferenz von 1955 geborenen und an Mitgliedern schnell wachsenden Bewegung der Blockfreien anschlossen. Lateinamerika hingegen war im Rahmen des *Rio-Paktes* (von 1947) Bündnispartner der USA und zählte sich immer zur „westlichen Hemisphäre“ und zum „christlichen Abendland“. Nur wenige seiner Regierungen schlossen sich den Blockfreien an, die *Fidel Castro* als Symbol des Anti-Imperialismus hofierten, oder unterstützten das sandinistische Revolutionsprojekt in Nicaragua, das auch hierzulande das „Hoch auf die Solidarität“ erschallen ließ. Schon zu Beginn der 60er Jahre war die blockpolitische Verengung des Dritte Welt-Konzepts erweitert worden:

- erstens durch eine fast beliebige Deutung von Blockfreiheit, die auch enge Anlehnungen an einen der beiden feindlichen Blöcke nicht ausschloss: so im Falle der durch ein dichtes Vertragswerk an Frankreich gebundenen frankophoneren Staaten West- und Zentralafrikas oder von Staaten, die unter dem Deckmantel eines „positiven Neutralismus“ Freundschafts- oder Bündnisverträge mit der Sowjetunion abschlossen (wie Kuba oder Ägypten unter *Nasser*);
- zweitens durch das zunehmend aggressivere Aufbäumen gegen die kollektive Benachteiligung des Südens in den Handelsbeziehungen.

Schon 1961 setzte *Frantz Fanon* in seiner berühmten Schrift „*Die Verdammten dieser Erde*“ die Dritte Welt mit der kolonisierten und unterentwickelten Welt gleich und füllte damit den Begriff mit der doppelten Bedeutung, die er bis heute behielt. Die 1964 gegründete *Gruppe der 77* trat als eine Art von Gewerkschaft der Dritten Welt auf und nutzte vor allem die stürmischen Nord-Süd-Konferenzen der UNCTAD, um ihre Forderung nach einer umfassenden Neuen Weltwirtschaftsordnung vorzutragen. Diese wurde bald zu einem Reizwort in den Nord-Süd-Beziehungen und gleichzeitig zu einem Kampfbegriff, hinter dem sich das heterogene Sammelsurium von Entwicklungsländern sammelte, obwohl einzelne Ländergruppen nach ihrer je besonderen Problem- und Interessenlage Unterschiedliches darunter verstanden: die einen bessere Rohstoffpreise (*fair trade*) und mehr Entwicklungshilfe, die anderen bessere Marktzugänge für ihre Halbfertig- und Fertigprodukte (*free trade*).

Kräftigen Auftrieb erhielt diese Gruppensolidarisierung, als das OPEC-Kartell 1973 die „Ölwaffe“ gegen den übermächtig erscheinenden Westen richtete und die potentielle Verhandlungs- und Verweigerungsmacht von Rohstoffkartellen demonstrierte. Mit dieser Demonstration der Gegenmacht im Rücken nutzte die *Gruppe der 77* ihre Mehrheit in UN-Gremien zu einer Konfrontationspolitik per Resolutionen. Die VR China unter *Mao Zedong* versuchte, sich als Avantgarde aller Opfer des Kolonialismus und Imperia-

lismus zu profilieren. Aber damals hatte sie noch nicht das weltpolitische und weltwirtschaftliche Gewicht, das sie nach dem Tod ihres „großen Führers“ und dem Sieg des „Dengismus“ gewann, der auch zum Verzicht auf die weltrevolutionäre Avantgarde-Rolle führte.

Revolutionäre Halluzinationen

Zu Beginn der 70er Jahre schienen auch der Krieg in Vietnam, der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus in Afrika nach verlustreichen Kolonialkriegen und Guerilla-Aufstände in Lateinamerika die Götterdämmerung der vom Westen beherrschten Weltordnung anzukündigen. Damals war in intellektuellen Kreisen von einer „Hegemoniekrise“ die Rede. An den westlichen Universitäten erlebten in diesen Jahren die Imperialismus- und Dependententheorien eine Hochkonjunktur. Studentische Demonstrationen fanden unter den Portraits der Revolutionsführer aus der Dritten Welt (*Ho Chi Minh, Mao Zedong, Fidel Castro* und *Che Guevara*) statt und verschreckten die Bürger.

Allerhand Revolutionstheorien fielen in den Blütezeiten der außerparlamentarischen Opposition (APO) an politisierten Universitäten auf fruchtbaren Boden. Manche Revolutionstheoretiker im Norden und Süden entdeckten die „Peripherie“ als neues revolutionäres Subjekt und neuen Brandherd der Weltrevolution. Sie entwarfen furchterregende Szenarien eines internationalen Klassenkampfes und Aufstandes der „*Weltdörfer*“ im Süden gegen die „*Weltstädte*“ im Norden. Je mehr sie sich in diese revolutionären Halluzinationen hinein steigerten, desto mehr entfernten sie sich von Realitäten. Sie überschätzten die Konfliktbereitschaft von Herrschaftseliten, die schon aus Selbsterhaltungsinteresse die mit Subsidien (Wirtschafts- und Militärhilfe) belohnte Kooperationsbereitschaft nicht einer mit ihrem Entzug bedrohten Konfliktstrategie opferten. Und sie unterschätzten gründlich die Sanktionsmacht des Westens, der über Kapital, Technologie und Waffen verfügte, während der Osten neben seinem planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell und dem für manche Führungsgruppen in labilen Staatsgebilden attraktiven Herrschaftsmodell nur Waffen anbieten konnte.

Der Westen reagierte auf den Druck aus dem Süden, den eine damals lautstarke Dritte Welt-Bewegung an der „Heimatfront“ verstärkte, mit dem Angebot eines Nord-Süd-Dialogs, spielte auf Zeitgewinn und nutzte die Konterchancen, die ihm die zu Beginn der 80er Jahre über den Großteil der Entwicklungsländer hereinbrechende Verschuldungskrise bot. Die *Gruppe der 77* stellte unrealistische Maximalforderungen und erzwang auf Biegen und Brechen Mehrheitsentscheidungen, ohne nach Kompromissen zu suchen. Diese Taktik hoher Forderungen und stummer Antworten frustrierte alle Seiten. Am

Ende hatte der Westen unter Führung der G7 in allen wichtigen Streitpunkten substantielle Zugeständnisse verweigert.

Der Nord-Süd-Dialog wurde als Welttheater in mehreren Aufzügen inszeniert, in denen der Süden den Aufstand probte und mit Hilfe des OPEC-Kartells seine Muskeln spielen ließ, aber der Westen seine Position der Stärke ausspielen konnte. Er verkam, wie *Willy Brandt* (1985: 128 ff.) anmerkte, zu einem Schlagabtausch zwischen Gehörlosen. Der von ihm angeregte Nord-Süd-Gipfel, der 1981 in Cancún stattfand, signalisierte den Anfang einer Ära, in der sich der Westen nicht mehr auf die Anklagebank setzen ließ. Die folgenden Welthandelskonferenzen (UNCTAD) glichen Trauerfeiern, weil der Westen die UNCTAD nach der Gründung der WTO auf die Abbruchliste überflüssiger UN-Organisationen setzte. Auch die Blockfreienbewegung übte sich auf ihren Gipfelkonferenzen in den 80er und 90er Jahren in einem frustrierten Pragmatismus, der nur noch wenig von der kämpferischen Aufbruchstimmung der 70er Jahre ahnen ließ. Auch deshalb war nun vom „Ende der Dritten Welt“ die Rede (vgl. *Menzel* 1992).

Als die Zeit der großen Resolutionen, die eine neue Weltordnung erzwingen wollten, zu Ende ging, wurde offenbar, wie brüchig die vielbeschworene Aktionseinheit des Südens war. Die Rhetorik „gemeinsamer Interessen“ hatte den Differenzierungsprozess innerhalb des Südens überdeckt, der unterschiedliche Interessenlagen im Verhältnis zum Norden begründete. Die von der Blockfreienbewegung beschlossenen Aktionsprogramme zur Verstärkung der Süd-Süd-Kooperation waren weitgehend folgenlos geblieben. Der Bericht der von *Julius Nyerere* geleiteten *Süd-Kommission* unternahm noch einmal einen verzweifelten Versuch, die in eine gemeinsame „Vision des Südens“ verpackte Idee der *Collective Self-reliance* zu retten. Aber der Bericht war schon ein Dokument der Ohnmacht. Deshalb orientiert sich die Rede vom „globalen Süden“ (*Braveboy-Wagner* 2003) eher an einem virtuellen Gebilde denn an weltpolitischen Realitäten. Realistischer ist die wachsende und durch die WTO-Regeln verschärfte Konkurrenz zwischen wettbewerbsfähigen Entwicklungsländern auf den Verbrauchermärkten des Nordens (vgl. *Ross/Chan* 2002).

Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre machte allen regionalen und subregionalen Integrationsbemühungen schwer zu schaffen, weil sie den Hang zum selbststretenden Protektionismus verstärkte. Gleichzeitig lähmten zwischenstaatliche Konflikte kooperatives Handeln: Der Golfkrieg zwischen dem Iran und Irak schwächte die OPEC. Verschiedene Kriege in Afrika brachten die OAU (*Organisation für afrikanische Einheit*), die zu einem „Club der Diktatoren“ verkommen war, an den Rand von Spaltungen. Der Regionalkonflikt in Zentralamerika demolierte den *Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt* (MCCA), der ein erfolgreiches Integrationsprojekt war.

Schließlich luden Bürgerkriege ausländische Mächte geradezu zu Interventionen ein. Frankreich konnte im frankophonen Afrika wie eine Ordnungs-

und Polizeimacht auftreten und mit seiner Fremdenlegion interne Machtkämpfe fast nach Belieben entscheiden. Die Regionen waren nicht in der Lage, regionale Systeme der kollektiven Sicherheit aufzubauen und Interventionen externer Mächte vorzubeugen. Besonders afrikanische Politiker beklagten den Interventionismus der Großmächte und forderten eine „*African Ownership*“ bei der Regelung eigener Angelegenheiten, hinderten aber die OAU daran, zu einer regionalen Ordnungsmacht zu werden.

2 Die „globale Apartheid“ des Nord-Süd-Gefälles

Spätestens nach dem letzten Abschnitt stellt sich die Frage, ob es nicht höchste Zeit geworden ist, vom Begriff des Nord-Süd-Konflikts Abschied zu nehmen. Selbst die Schlagworte, die eine Konfliktfähigkeit und -bereitschaft des Südens suggerierten, sind aus der Mode gekommen. Es bleibt aber die Frage, ob im Nord-Süd-Verhältnis nicht ein struktureller Konflikt angelegt ist, den *Johan Galtung* schon vor drei Jahrzehnten als „strukturelle Gewalt“ definiert hatte, die mehr Menschen tötet als die „manifeste Gewalt“ von Kriegen.

Ethiker sprechen von einem moralischen Ärgernis, das alle Bekenntnisse zu universellen Menschenrechten, zur Norm der Gerechtigkeit und zur christlichen Sozialethik in Zweifel ziehe. Die päpstliche Sozialzyklika *Sollicitudo Rei Socialis* (1987) entdeckte im Nord-Süd-Verhältnis sogar eine „Struktur der Sünde“. Solche moralischen Urteile können aber nüchterne Fakten nicht ersetzen. Der *Bericht über menschliche Entwicklung 1999* von UNDP belegte mit einer Fülle von Daten eine „globale Apartheid“ der Lebens- und Entwicklungschancen:

Erstens: Das Pro-Kopf-Einkommensgefälle zwischen den OECD-Ländern und der Gesamtheit der Entwicklungsländer hat sich von einem Verhältnis von 15:1 Mitte der 60er Jahre auf 21:1 Ende der 90er Jahre vergrößert, das Einkommensgefälle zwischen dem reichsten und ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung fast verdreifacht. Diese statistischen Werte sagen allerdings wenig über die realen Lebensverhältnisse aus. Geht man nämlich nicht von offiziellen Wechselkursen, sondern von der realen Kaufkraft der lokalen Währungen aus, dann verringert sich das Gefälle zwischen der OECD und den LLDC Ende der 90er Jahre auf 22:1. Was statistisch wie eine Entwarnung erscheinen mag, belegt dennoch eine tiefe Spaltung zwischen reicher und armer Welt.

Zweitens: Die Weltbank eröffnete in ihren *World Development Indicators* von 2000 ihre Lagebeschreibung folgendermaßen: „Ein Sechstel der Weltbevölkerung produziert 78 % der Güter und Dienstleistungen und bezieht 78 % des Welteinkommens – im Durchschnitt 70 Dollar pro Tag. Drei Fünftel der in den 61 ärmsten Ländern lebenden Weltbevölkerung erhalten 6 % des Welteinkommens – weniger als 2 Dollar pro Tag.“ Es kann deshalb nicht

verwundern, dass in der wachsenden sozialen Polarisierung zwischen reicher und armer Welt der Nährboden für Radikalismus jedweder Art entdeckt wurde.

Drittens: Die Zahl der LLDC erhöhte sich von 31 auf inzwischen 49. Ihre große Mehrheit liegt im subsaharischen Afrika. Hier fiel das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt der Jahre 1975-99 sogar auf - 1,0%, auch bedingt durch das höchste Bevölkerungswachstum, das eine Region in der Menschheitsgeschichte jemals erreichte. In allen LLDC erhöhte sich das Pro-Kopf-Einkommen nur um 0,2%, also viel zu wenig, um durch Wachstum das Armutsproblem zu verringern. Dagegen wuchs das Pro-Kopf-Einkommen in Südasien im Durchschnitt der Jahre 1975-99 um 2,3%.

Viertens: Der Anteil aller Entwicklungsländer an den Exporten von Industrieprodukten verdoppelte sich zwar seit 1980 auf rund 20 %, aber dieser Zuwachs war fast ausschließlich den fernöstlichen Schwellenländern zu verdanken. Der Anteil der LLDC an den Weltexporten ist dagegen aufgrund fallender Rohstoffpreise in den 90er Jahren weiter auf nur noch 0,4 % gefallen. Dies bedeutet einen Rückgang um rund 40 % seit 1980. Das kleine Singapur exportiert in der Regel viermal mehr als das ganze subsaharische Afrika, zweimal mehr als alle LLDC zusammen. Der Grund: Kilobytes zählen eben mehr als Tonnen (besonders in Form unverarbeiteter Rohstoffe).

Fünftens: Es wurde schon erwähnt, dass das subsaharische Afrika nur über 0,3 % der weltweit verfügbaren Internet-Anschlüsse verfügt. Dieses *digital divide* illustriert seine Abkoppelung von der Weltentwicklung in der sich herausbildenden globalen Wissensgesellschaft mehr als Daten über seine Anteile am Welthandel oder an den Auslandsinvestitionen.

Diese Daten ergeben aus der Sicht des reichsten Fünftels der Menschheit den bekannten Champagnerkelch, aus der Sicht der übrigen vier Fünftel aber einen Leidenskelch, dessen Stiel immer schmaler wird, je mehr er sich dem ärmsten Fünftel nähert. Die ausgewählten Messzahlen für das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle bringen aber die Verteilung von Reichtum und Armut nur ungenügend zum Ausdruck. Soziale Indikatoren verdeutlichen die „globale Apartheid“ von Lebens- und Entwicklungschancen besser.

Ist im Süden wirklich „alles schlimmer“ geworden?

Das wachsende Nord-Süd-Einkommensgefälle könnte die Annahme nähren, dass im Süden „alles schlimmer“ geworden sei, wie immer wieder behauptet wird; es muss auch häufig für pauschale Bankrotterklärungen der Entwicklungspolitik herhalten: Warum noch helfen, wenn doch nichts hilft? Es gab aber in den letzten Jahrzehnten nicht nur in Fernost, sondern auch in den sprichwörtlichen Armutsregionen bemerkenswerte Fortschritte in einzelnen Lebensbereichen – sogar phänomenale Fortschritte, wenn man nicht in abso-

luten Zahlen, sondern in Prozentwerten rechnet, die auch das Wachstum der Bevölkerung berücksichtigen. Es ist zwar richtig, daß die Zahl der Armen und der Analphabeten angewachsen ist, aber sie wuchs bei weitem nicht so stark wie die Bevölkerung. Im Süden ist nicht alles schlimmer geworden.

Fortschritte in der sozialen Entwicklung

Region/Länder	Lebenserwartung ^a		Kindersterblichkeit ^b	
	1970	2000	1970	2000
Subsahara-Afrika	44,1	48,7	226	174
Arabische Staaten	50,6	66,8	193	61
Ostasien	61,0	69,5	59	43
– China	62,0	70,5	120	40
Südostasien	51,0 ^c	66,3 ^c	149 ^c	57 ^c
Südasien	48,8	62,9	206	94
– Indien	49,1	63,3	206	96
Lateinamerika	60,1	70,0	123	37
Osteuropa/GUS	68,8	68,6	47	25
Entwicklungsländer	54,5	64,7	168	89
LLDC	43,4	51,9	242	155
Industrieländer	76,8	76,8	52	14

^abei Geburt; ^bunter 5 Jahren auf Tausend Lebendgeburten; ^c1998;
Quelle: Human Development Report 2002.

Die Nord-Süd-Vergleiche haben noch einen weiteren Mangel: Sie sind unhistorisch. Die Vergleiche würden ziemlich anders ausfallen, wenn Daten aus der Frühindustrialisierung der heutigen Industrieländer in den Vergleich einbezogen würden, also aus Zeiten, die Historiker als Epoche des Pauperismus bezeichnen, in der z.B. *Charles Dickens* (1812-70) seine sozialkritischen Romane schrieb und *Karl Marx/Friedrich Engels* ihre Klassenanalysen anstellten. Allerdings hatte der Pauperismus in Europa nicht so hässliche Gesichter wie heute das Massengelend in Südasien und im subsaharischen Afrika.

Der Eindruck, dass im Süden alles schlimmer geworden sei, wird nicht nur durch die Statistik des Nord-Süd-Wohlstandsgefälles, sondern auch durch eine selektive Berichterstattung erzeugt. Medien berichten eher über Katastrophen denn über Erfolge. Erst die Überschwemmungen in Mozambique erinnerten daran, dass sie auch einen bemerkenswerten Wiederaufbau nach einem ruinösen Bürgerkrieg zunichte machten. Alles schlimmer geworden ist tatsächlich dort, wo Kriege die Infrastruktur zerstörten, das Wirtschaftsleben blockierten und Menschen aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben.

3 Das Nord-Süd-Machtgefälle

Die Frage, ob der Süden abgehängt wird, kann nicht allein mit wirtschaftlichen Kennziffern beantwortet werden. Noch wichtiger ist, dass er überall dort,

wo weltpolitische und weltwirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden, entweder gar nicht vertreten oder unterrepräsentiert ist. Das Nord-Süd-Gefälle ist auch ein Machtgefälle. Die G7/8 ist nicht nur ein informeller Debattierclub, sondern sie bereitet Entscheidungen vor, die eine weltweite Reichweite haben. Die G7 bildet einen „Club der Reichen und Mächtigen“ innerhalb der „OECD-Welt“, der nur in der Weltpolitik Rücksicht auf Rußland und China, die einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat haben, nehmen muss. Obwohl Entscheidungen der internationalen Finanzorganisationen (IWF und Weltbank) und der WTO großen Einfluss auf das Wohl und Wehe der häufig überschuldeten Entwicklungsländer haben, sind diese dort, wo Entscheidungen gefällt werden, unterrepräsentiert oder nur ziemlich passive Zuschauer:

- In den Exekutivdirektorien von IWF und Weltbank verfügt die Minderheit der OECD-Länder über die Mehrheit der Stimmrechte, die hier nicht nach dem UN-Prinzip „one country – one vote“, sondern nach der Höhe der Kapitalanteile gewichtet sind. Im IWF fiel der Anteil der 250 „Basisstimmen“, die jedem Mitglied zustehen, von 12,4 % auf 2,1 %, obwohl die Zahl der zusätzlichen Mitglieder seit seiner Gründung um 135 angewachsen ist. Alle Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer, in denen fast 89 % der Weltbevölkerung leben, haben nur einen Stimmenanteil von 38 %. Die G7 verfügt dagegen über 45,3 % der Stimmen.
- In der WTO haben zwar alle Mitglieder formal gleiche Rechte, aber wichtige Entscheidungen werden trotz des Zwangs zu Konsensentscheidungen von den weltwirtschaftlichen Hauptakteuren in den informellen „green rooms“ (sprich: Hinterzimmern) ausgehandelt. Viele Entwicklungsländer haben nur unzureichende Analyse- und Verhandlungskapazitäten, um mit dem komplizierten WTO-Regelwerk umzugehen; sie können sich keine teuren Expertenteams am Genfer WTO-Sitz leisten und werden deshalb daran gehindert, Chancen des multilateralen Regelwerkes zur Steigerung der eigenen Wohlfahrt zu nutzen.

Wenn die Entwicklungsländer bei der Lösung der Weltprobleme stärker in die Pflicht genommen werden sollen, muss ihnen mehr Mitsprache eingeräumt werden. Die ungleiche Machtverteilung in den wichtigen Weltorganisationen ist eine wesentliche strukturelle Dimension des Nord-Süd-Konflikts, die sogar konfliktreicher als die soziale Polarisierung ist, weil sie als Ohnmacht und Demütigung empfunden wird. Der *Human Development Report 2002* (S. 101) stellte fest, dass in den Entwicklungsländern die Frustration über die schiefe Machtverteilung in der Weltpolitik selten größer gewesen sei. Die Arroganz der Macht nährte die „ohnmächtige Wut“, die dann nach dem „11/9“ vielerorts in der klammheimlichen Schadenfreude über die Terroranschläge gegen die Symbole westlicher Wirtschafts- und Militärmacht zum Ausdruck kam.

Das politische Nord-Süd-Gefälle manifestiert sich auch in der zunehmenden Destabilisierung und Chaotisierung ganzer Regionen, die ein einigermaßen geordnetes Wirtschaftsleben und eine sinnvolle Entwicklungspolitik verhin-

dern, den Schmuggel und Waffenhandel zu einträglichen Wirtschaftsaktivitäten machen und zu Interventionen verschiedener Art geradezu einladen oder sogar nötigen: sei es von Nachbarstaaten in interne Machtkämpfe (wie im Kongo), sei es von multilateralen Friedenstruppen unter einem UN-Mandat, sei es von Waffenlieferungen, sei es von humanitären Hilfsorganisationen. Immer geht ein Stück von dem verloren, was der *Brandt-Bericht* als „eigentliches Ziel von Entwicklung“ hervorgehoben hatte: nämlich „Selbsterfüllung und schöpferische Partnerschaft“. In den sogenannten „failing states“ mangelt es an allem, was eine entwicklungsfähige Staatlichkeit auszeichnet: Sie sind Brutherde von Anarchie und Barbarei.

4 Der ökologische Nord-Süd-Konflikt

Der Norden wird die Geister nicht los, die er im Süden durch sein Entwicklungsmodell gerufen hat. Eine Verallgemeinerung des westlichen Zivilisationsmodells erscheint heute unter ökologischen Gesichtspunkten als ein schierer Alptraum. Aber die Eliten der Dritten Welt nehmen mit dem „*Recht auf Entwicklung*“ auch das Recht auf Umweltzerstörung in Anspruch. Der Rat, sich doch der globalen Ökobilanz zuliebe mit einem einfachen Leben zufrieden zu geben, erscheint angesichts der geringen Bereitschaft im Norden, das eigene Wohlstandsmodell in Frage zu stellen, wie die Aufforderung „Bleibt zurück, wo ihr seid, damit ihr nicht gefährdet, was wir haben!“

Solange eine Weltminderheit von rund einem Fünftel drei Viertel der Weltressourcen verbraucht, bleiben ihre Ermahnungen zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise völlig unglaubwürdig und wirkungslos. Der UNEP-Exekutivdirektor *Klaus Töpfer* setzte in unzähligen Interviews den Norden auf die Anklagebank. Sein Vorwurf lautete, dass die reichen Länder im völligen Widerspruch zum Gebot der Nachhaltigkeit die ökologischen Kosten ihrer verschwenderischen Produktions- und Konsumweise auf andere Regionen und auf die künftigen Generationen abwälzen. Die Regionen, die am wenigsten zur Belastung des Weltklimas beitragen, sind schon jetzt am meisten von den Vorboten der Klimakatastrophe betroffen. Es sind vor allem die besonders verwundbaren Armutgruppen in den ärmsten Ländern, deren Lebensgrundlagen durch die Folgen des Klimawandels bedroht werden und der Häufung von extremen Wetterereignissen ausgesetzt sind. Das durch die Veränderung des globalen und regionalen Klimas beschleunigte Voranschreiten der Versteppung und Verwüstung in den tropischen und subtropischen Trockengebieten der Erde hat bereits 125 Mio. Menschen zu Umweltflüchtlingen gemacht.

Es zeichnet sich ein Verteilungskonflikt über Wachstums- und Entwicklungschancen, über die Nutzung der tropischen Regenwälder, der maritimen

Ressourcen (Fischfang, Tiefseebergbau) und biologischen Ressourcen ab. Die Entwicklungsländer verfügen über 90% der biologischen Ressourcen. Da die biologische Vielfalt, vor allem von tropischen Regenwäldern, in denen die Hälfte aller Arten konzentriert ist, und das in Jahrhunderten erworbene Wissen von indigenen Völkern über das in der Natur gespeicherte Potential an Heilsstoffen für die Entwicklung neuer Medikamente von großer Bedeutung sind, weckten sie die Begehrlichkeiten der internationalen Pharmakonzerne. Zwar betonten der „Sozialpakt“ und die *Konvention über biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention)* die Eigentums- und Verfügungsrechte der Entwicklungsländer über ihre „natürlichen Reichtümer“ und ihr „Recht auf geistiges Eigentum“, aber das von den Industrieländern im Rahmen der WTO durchgesetzte TRIPS-Abkommen (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*) bedroht durch seine Patentregelungen für das gesamte lebende Material – also für alle Lebewesen einschließlich Mikroorganismen, Gene und Pflanzen – diese Rechte.

Weil viele Entwicklungsländer die Erfahrung machten, dass sie als Eigentümer der biologischen Ressourcen nicht nach den Vorgaben der Biodiversitätskonvention angemessen an ihrer wirtschaftlichen Verwertung beteiligt werden, gründeten im Februar 2002 zwölf Schwellen- und Entwicklungsländer (unter ihnen so Schwergewichte wie China, Indien, Indonesien und Brasilien) eine „Allianz gegen Biopiraterie“. Ihre Initiatoren wollen das umstrittene Problem der Patentierung auf Tiere und Pflanzen aus dem Vertragswerk der WTO herauslösen, weil es gegen völkerrechtlich verbindliche Menschenrechts-, Sozial- und Umweltabkommen verstößt. Auch die Enquete-Kommission zur „*Globalisierung der Weltwirtschaft*“ und NGO-Kampagnen forderten eine Revision des TRIPS-Abkommens. Hier spielt sich also nicht nur ein Nord-Süd-Konflikt, sondern auch ein Grundsatzkonflikt zwischen Recht, Gerechtigkeit und Wirtschaftsinteressen ab.

Die globale Umweltpolitik als neue Arena des Nord-Süd-Konflikts

Die Führungsgruppen des Südens misstrauen einer internationalen Umweltpolitik, wie sie der Westen anmahnt, ohne die Strukturanpassung des eigenen Produktions- und Lebensstils anzugehen, aus mehreren Gründen: Sie befürchten eine Behinderung ihrer nachholenden Industrialisierung und eine Einschränkung ihres „Rechts auf Entwicklung“, außerdem einen neuen „Öko-Imperialismus“, der unter dem Vorwand des globalen Umweltschutzes die Verfügungsgewalt über ihre natürlichen Ressourcen einschränkt. Die globale Umweltpolitik bildet eine neue Arena des Nord-Süd-Konflikts (vgl. *Sachs 1993*).

Dieser ökologische Nord-Süd-Konflikt zeichnete sich deutlich auf der Rio-Konferenz und auf den folgenden Klimakonferenzen sowie auf dem Johannesburger *Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung* vom Spätsommer 2002 ab. Norden und Süden versuchten, die eigenen Anpassungsleistungen möglichst gering zu halten und jeweils die anderen unter Anpassungsdruck zu setzen - mit der Folge, dass sie wechselseitig verbindliche Verpflichtungen blockierten und gemeinsam den Weg in die Ökokatastrophe beschleunigten. Die Weigerung der *Bush-Administration*, dem *Kyoto-Protokoll* beizutreten, war die Verweigerung einer globalen Umweltpartnerschaft. Allerdings wurde auf dem Johannesburger Gipfel auch deutlich, dass es in der Energiefrage eine „Allianz der Dinosaurier“ in Nord und Süd gibt, nämlich zwischen den großen Produzenten und Nutzern von fossilen Energieträgern in den USA, Japan und Australien und den OPEC-Staaten. Sie blockierten ein verbindliches Aktionsprogramm zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, das auch dem von *Franz Alt* (2002) ausgemalten Horrorszenario von Ölkriegen den Schrecken nehmen könnte.

Für eine kooperative Bearbeitung globaler Umweltrisiken wäre die Einrichtung neuer Strukturen, Institutionen und -Finanzierungsmechanismen, wie sie der WBGU (*Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*) in seinem Jahresgutachten 2000 und die Enquete-Kommission „*Globalisierung der Weltwirtschaft*“ forderten, dringend geboten. Weil das UNEP mit Mandat, Geld und Personal völlig unterausgestattet ist, wäre seine Aufwertung zu einer dem Problemdruck angemessenen Weltumweltorganisation (GEO) notwendig, die wirksamer über die Durchsetzung von Umweltstandards, auch gegenüber so mächtigen Organisationen wie WTO und Weltbank, wachen könnte. Die Mehrheit der Entwicklungsländer misstraut jedoch einem solchen Plan, weil sie Souveränitätsverluste befürchten. In der globalen Umweltpolitik haben sie Verhandlungs- und Verweigerungsmacht.

5 Fazit: Der Nord-Süd-Konflikt ist keine Leerformel

Wenn man die Annahme akzeptiert, dass im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nord-Süd-Gefälle ein strukturelles Gewaltverhältnis liegt, dann liefern die Daten, die eine Vergrößerung dieses Gefälles belegen, schon eine hinreichende Antwort. *Volker Matthies* (1991), der die Frage, ob sich der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verschärfe, schon Anfang der 90er Jahre stellte, beantwortete sie mit Hinweisen auf die „neuen Bedrohungen“, die Sicherheitspolitiker nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der weltpolitischen Peripherie ausmachten (vgl. *Volle/Weidenfeld* 1999).

Seit dem Herbst 2001 erhielt die von *Volker Matthies* gestellte Frage, ob sich der Nord-Süd-Konflikt verschärft, eine unerwartete Brisanz. Die von

westlichen Politikern vorgetragene Deutung der Terrorakte als „Angriff auf die zivilisierte Welt“ hatte viel gemein mit der von *Jean-Christophe Rufin* (1996) konstruierten Zweiteilung der Welt in eine Welt der Zivilisation (im Norden) und eine Welt der Barbarei (im Süden) entlang einem neuen Limes zwischen Wohlstand und Elend. Obgleich sich die Führungsgruppen der meisten Entwicklungsländer an der von den USA organisierten „Koalition gegen den Terror“ beteiligten, stilisierten manche Politiker und Medien das Geschehen in einen „Krieg der Welten“ hoch (so der *Spiegel*, Nr. 42/01).

Jenseits aller akademischen Bemühungen, den Süden in verschiedene Welten zu zerpfücken, blieb der Nord-Süd-Konflikt nicht nur in der politischen Alltagssprache, sondern auch im Denken und Handeln der politischen Klassen und in den Emotionen vieler Menschen virulent. Die Reaktionen auf die terroristischen Anschläge gegen die Zitadellen der westlichen Wirtschafts- und Militärmacht und auf den Krieg gegen den Irak förderten zutage, dass es im Süden – auch außerhalb der islamischen Welt – eine breite Solidarisierung gegen die westliche Arroganz der Macht und eine aus Minderwertigkeitskomplexen genährte Mischung aus Faszination und Hass gibt. Und im Norden (nun auch im Westen und Osten) verstärkte die Angst vor dem Terrorismus das „neue Feindbild Dritte Welt“.

Der Nord-Süd-Konflikt hatte niemals einen mit dem Ost-West-Konflikt vergleichbaren Organisations- und Intensitätsgrad erreicht. Szenarien eines militärischen Nord-Süd-Schlagabtausches sind heute – auch nach dem Herbst 2001 - so abstrus wie sie es in früheren Revolutionsschwärmereien waren. Es gibt tiefgreifende Interessengegensätze und tiefliegende Animositäten zwischen Norden (sprich Westen) und Süden, aber es gibt keinen Nord-Süd-Konflikt, wie ihn sich *Mao Zedong* oder *Che Guevara* vorgestellt hatten: also als revolutionären Aufstand der „Weltdörfer“ gegen die „Weltstädte“. Solange aber über eine Milliarde Menschen in teilweise extremer Armut leben, das internationale Machtgefälle dem Süden eine ohnmächtige Zuschauerrolle auf der Weltbühne zuweist und die Globalisierung vor allem dem Norden Wohlstandsgewinne verschafft, ist der Nord-Süd-Konflikt noch keine Leerformel. Diese Widersprüche zwischen Reichtum und Armut, Macht und Ohnmacht lieferten früher der „Theologie der Revolution“ und liefern heute „heiligen Kriegern“ einen legitimatorischen Nährboden.

Verschiedene Langzeitprognosen, die sich in der Vergangenheit nicht gerade durch Zielgenauigkeit auszeichneten, lassen darauf schließen, dass sich – unter der Annahme, dass sich die Entwicklungstrends der vergangenen Jahrzehnte fortsetzen sollten – das Nord-Süd-Gefälle weiter vergrößern wird. Nur wenige Schwellenländer werden aufholen, obwohl die Entwicklungssprünge der fernöstlichen „kleinen Tiger“ durch die Asienkrise abgebremst wurden und zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch in Lateinamerika wirtschaftliche und politische Krisen die Aufbruchstimmung der 90er Jahre dämpften. Nur der „große Drachen“ China holt unentwegt auf – und hat längst aufgehört,

sich als Avantgarde der Dritten Welt zu gerieren. Die Mehrheit der Entwicklungsländer wird sogar noch weiter zurückfallen. Es müssten schon dramatische Veränderungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft stattfinden, wenn sich diese globalen Trends wesentlich verändern sollten.

Die vom Nord-Süd-Gefälle ausgehende Friedensgefährdung liegt im Konfliktpotenzial von Verelendung, Hoffnungslosigkeit, von inner- und zwischenstaatlichen Verteilungskämpfen um verknappende Ressourcen, von arbeitsbedingter Umweltzerstörung und Massenmigration. Das wirtschaftliche und soziale Nord-Süd-Gefälle stellt eine „globale Apartheid“ dar. Wer kann ernsthaft – zumal nach dem 11. September 2001 und dem Frühjahr 2003 – vom Ende des Nord-Süd-Konflikts sprechen?

Es scheint, dass auch die Führungsgruppen des Westens nach dem Herbst 2001 erkannten, dass die tieferliegenden Ursachen für den internationalen Terrorismus in der Tiefenstruktur des Nord-Süd-Konflikts zu suchen sind. Bundeskanzler *Gerhard Schröder* betonte auf dem New Yorker *Weltwirtschaftsforum* vom Ende Januar 2002, dass es keine globale Sicherheit ohne globale Gerechtigkeit geben könne. Auch der US-amerikanische Außenminister *Colin Powell* gab gegenüber den Hardlinern in der *Bush-Administration*, die allein auf militärische Stärke setzen, zu bedenken: „Wir müssen gegen die Terroristen vorgehen, aber wir müssen auch Armut und Hoffnungslosigkeit bekämpfen.“ Es scheint, dass erst der Terror das soziale Gewissen der Reichen und Mächtigen weckte. Wo aber blieben die Taten nach diesen einsichtigen Worten? Zunächst wurden zwar die Rüstungsetats massiv verstärkt, aber für die Entwicklungsetats blieben weiterhin nur Krümel übrig.

Die wachsende Kluft zwischen einer reichen Weltminderheit und einer armen Weltmehrheit – und nicht der „Zusammenstoß der Kulturen“ – bildet das gefährlichste Konfliktgemenge des 21. Jahrhunderts. Die Globalisierung droht die „Fußkranken der Weltwirtschaft“ noch stärker ins Abseits abzudrängen. Allerdings müssen bei der Figur des Nord-Süd-Konflikts die Differenzierungen innerhalb des Nordens und Südens beachtet werden. Auf- und Absteiger in der Weltgesellschaft sowie sicherheits- oder handelspolitische Allianzen, die gelegentlich zur Zweiteilung der Welt querliegen, bringen vertraute Weltbilder durcheinander. Der Nord-Süd-Konflikt ist kein „Muster ohne Wert“, aber auch nicht das Grundmuster der Weltpolitik.

Literatur:

Alt, Franz (2002): *Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne?* München.

Brandt, Willy (1985): *Der organisierte Wahnsinn. Wetrüsten und Welt-hunger*, Köln.

Braveboy-Wagner, Jacqueline Anne (Hrsg.) (2003): *The Foreign Policies of the Global South: Rethinking Conceptual Frameworks*, London.

Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien.

Matthies, Volker (1991): Neues Feindbild Dritte Welt: Verschärft sich der Nord-Süd-Konflikt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25-26/92, S. 3-11.

Menzel, Ulrich (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/M.

Ross, Robert J. S./Chan, Anita (2002): From North-South to South-South, in: Foreign Affairs, vol. 81(5), S. 8-13

Rufin, Jean-Christophe (1996): Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges, München.

Sachs, Wolfgang (Hrsg.) (1993): Global Ecology: A New Arena of Political Conflict, London.

Senghaas, Dieter (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/M.

Volle, Angelika/Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (1999): Krisen, Kriege, Konflikte. Die Weltgemeinschaft vor neuen Gefahren, Bonn.